

*Michael Renner*

## Anatomie der Ressourcenkriege

In einer Reihe von Entwicklungsländern hat Rohstoffreichtum eine verheerende Konsequenz: Legale und illegale Formen der Rohstoffgewinnung haben Konflikte ausgelöst oder weiter angeheizt. Ressourcen wie Öl und Erdgas, Mineralien und Metalle, Edelsteine, Bau- und Edelhölzer, Agrarerzeugnisse, Kaffee und Drogen spielten während der 1990er Jahre in rund einem Viertel der bewaffneten Konflikte eine wichtige Rolle (siehe *Tabelle 1*).

Regionale Kriegsherren, korrupte Regierungen, Waffenhändler und skrupellose Firmen profitieren davon. Die Plünderung von Ressourcen finanziert zum einen den Waffenkauf und dient zum anderen der individuellen Bereicherung. Für die Mehrheit der Bevölkerung dagegen haben diese Konflikte ganz andere Effekte: Menschenrechtsverletzungen, Massaker, Vertreibung und Verarmung. Schätzungen zufolge sind mehr als fünf Millionen Menschen den Rohstoffkonflikten der neunziger Jahre zum Opfer gefallen; nahezu sechs Millionen Menschen mussten ins Ausland fliehen, weitere 11 bis 15 Millionen wurden zu Flüchtlingen innerhalb ihres eigenen Landes.

In den letzten Jahren ist eine rege Debatte über den Charakter solcher Konflikte entstanden. Studien waren zu dem Schluss gekommen, dass die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und die Zerstörung von Ökosystemen wichtige Konfliktfaktoren sind, dass dadurch gewaltsame Auseinandersetzungen ausgelöst oder angeheizt werden.

In jüngerer Zeit versuchen einige Beobachter allerdings, diese These zu widerlegen. Es drehe sich entweder um Rohstoffarmut oder Rohstoffreichtum, nicht aber um beides. Kontrovers wird über die Frage diskutiert, ob Konflikte durch Habgier („greed“) oder durch ungelöste gesellschaftliche Probleme („grievances“) ausgelöst werden. Kategorische Unterscheidungen laufen die Gefahr einer überzeichneten Dichotomie, ist doch die Realität oft vielschichtiger, als akademische Konstrukte es vermuten lassen.

Land (Wesentliche Akteure)	Konflikt- ressourcen	Konfliktdauer
Kolumbien (Regierung, FARC- und ELN- Rebellen, Todesschwadronen der Großgrundbesitzer)	Öl, Opium, Koka	seit 1984
Peru (Regierung, Shining-Path-Rebellen)	Koka	1980-1995
Angola (Regierung, UNITA-Rebellen)	Diamanten, Öl	1975-2002
Angola (Regierung, Kabinda-Rebellen)	Öl	seit 1975
Sierra Leone (Regierung, RUF-Rebellen u.a.)	Diamanten	1991-2000
Liberia (Regierung, Charles-Taylor- geführte Rebellen / später: Taylor- Regierung, LURD-Rebellen)	Diamanten, Holz, andere	1989-1996; 1999-2003
Demokratische Republik Kongo (Regierung, verschiedene Rebel- lengruppen, Ruanda, Uganda, Simbabwe, Namibia)	Coltan, Diaman- ten, Gold, Kobalt, Kupfer, Kaffee, Holz, andere	1996-1997; seit 1998
Republik Kongo (Regierung, Rebellen)	Öl	1997
Nigeria (Regierung, Ogoni u.a. kommunale Gruppen im Niger-Delta)	Öl	vor allem Mitte der 90er Jahre
Sudan (Regierung, SPLA-Rebellen)	Öl	seit 1983
Afghanistan (Sowjetische Besatzungstruppen, Mudschahedin-Rebellen, Taliban)	Opium, Edelstei- ne	1978-2001
Burma (Regierung, verschiedene Rebel- lengruppen)	Holz, Edelsteine, Opium	seit 1949
Kambodscha (Vietnamesisch-unterstützte Regie- rung, Khmer Rouge)	Holz	1978-1997
Indonesien – Provinz Aceh (Zentralregierung, GAM-Rebellen)	Erdgas, Holz	seit 1975
Indonesien – Provinz West-Papua (Zentralregierung, GAM-Rebellen)	Kupfer, Gold	seit 1969
Papua-Neuguinea – Bougainville- Insel (Zentralregierung, BRA-Rebellen)	Kupfer, Gold	1988-2001

Tabella 1: Ausgewählte Ressourcenkriege

### *Dimensionen der Ressourcenkriege*

Dies soll allerdings nicht bedeuten, dass sich keine Typologie anbieten. In manchen Fällen – man kann hier unter anderem Angola und Kolumbien als Beispiele nennen – spielt die Ausbeutung von Ressourcen insofern eine Rolle, als sie die Weiterfinanzierung von Konflikten ermöglicht, die ursprünglich auf anderen Faktoren beruhten – Konflikten, die auf ideologische Auseinandersetzungen zurückgehen oder als Stellvertreterkriege der Supermächte oder anderer ausländischer Mächte geführt wurden. Mit dem Ende des Kalten Krieges trocknete die militärische oder finanzielle Unterstützung der Supermächte an eine Reihe von Regierungen und oppositionellen Gruppen aus; Hilfsleistungen an vormals als wichtig erachtete Verbündete wurden zum Teil drastisch zusammengestrichen. Diese sahen sich in der Folge gezwungen, sich auf andere Art und Weise zu finanzieren. Sie griffen unter anderem zu einer Reihe von kriminellen Methoden – wie z.B. Erpressung, Geiselnahme, monopolartige Kontrolle lokaler Handelsströme, Drogenhandel, Ausbeutung von Zwangsarbeitern und zur Requirierung von humanitären Hilfsleistungen. Eine der wichtigsten Einnahmequellen dürfte aber in vielen Fällen der illegale Abbau und Handel mit Rohstoffen sein.

In anderen Fällen lockt der natürliche Reichtum Gruppen an, die vorgeben, Missstände wie politische Unterdrückung oder die Diskriminierung von Minderheiten zu bekämpfen, tatsächlich aber die Gelegenheit zur persönlichen Bereicherung wahrnehmen. Diese Gruppen greifen nicht primär deshalb zur Gewalt, weil sie eine missliebige Regierung stürzen oder zu Zugeständnissen bewegen wollen, sondern weil sie sich die Kontrolle über lukrative Rohstoffvorkommen sichern wollen; Ressourcen, die gerade in ärmeren Ländern eine der wenigen nationalen Einkommensquellen darstellen. In vielen Fällen kommt es ihnen dabei zugute, dass die Regierung repressiv ist, dass öffentliche Dienstleistungen, soweit vorhanden, unzulänglich sind, dass die Wirtschaft am Boden liegt und Arbeit schwer zu finden ist und dass die Gesellschaft von extremen sozialen Unterschieden geprägt ist. Als Beispiele dienen hier Sierra Leone und Liberia.

Die Beziehung zwischen Ressourcen und Konflikten weist aber noch eine weitere, dritte Variante auf. Der Rohstoffabbau kommt in vielen Entwicklungsländern fast ausschließlich einer verschwindend kleinen einheimischen Elite sowie ausländischen Investoren zugute.

Die Masse der lokalen Bevölkerung bekommt dagegen die negativen Folgen zu spüren, angefangen von der Landenteignung über die Vernichtung traditioneller Lebensweisen bis hin zur Umweltzerstörung durch – oft äußerst sorglos durchgeführte – Ölförderung, Bergbau oder Kahlschlag von Wäldern. Im Normalfall werden die betroffenen Bevölkerungsgruppen vor Projektbeginn weder angehört noch informiert. Ein Versäumnis, das zum Beispiel im Niger-Delta, auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Bougainville sowie in mehreren indonesischen Provinzen in gewalttätige Konflikte mündete. Es folgen typischerweise Demonstrationen, Straßenblockaden, Sabotageakte und massive Repressalien seitens der staatlichen Sicherheitskräfte.

Da die uneingeschränkte Kontrolle über lukrative Ressourcen ein Schlüsselziel für verschiedene bewaffnete Gruppierungen darstellt, versuchen sie die lokale Bevölkerung so weit einzuschüchtern, dass sie keinen Widerstand leistet, oder sie durch brutalen Terror zu vertreiben. So werden ganze Gebiete vermint und unbewohnbar gemacht, Dörfer zerstört, durch Blockaden Hungersnöte ausgelöst oder systematisch sexuelle Gewalt ausgeübt. Im Gegensatz zu ideologisch motivierten Guerillabewegungen geht es dabei nicht darum, „die Herzen und Köpfe“ der lokalen Bevölkerung zu gewinnen.

Was in den Medien häufig als Chaos und sinnlose Gewalt beschrieben wird, folgt meist einer gewissen, wenn auch pervertierten Logik. Gewaltausübung erhält eine Konfliktökonomie aufrecht, von der bestimmte Gruppen – korrupte Regierungsvertreter, Warlords, Waffenschmuggler und skrupellose Geschäftsleute – profitieren. Und da der Konflikt ihnen die Möglichkeit gibt, ihre privilegierte Position aufrechtzuerhalten und ihre Aktionen nach außen hin zu legitimieren, haben sie im Regelfall wenig Interesse an einer Konfliktbeilegung.

Auch wenn einige der Kriege, die heute ausgetragen werden, in lange währenden Missständen wurzeln, so haben gewandelte Rahmenbedingungen doch die Dynamik dieser Konflikte verändert und sie in einem gewissen Sinne zu „Selbstläufern“ gemacht. Es ergibt sich ein Teufelskreis, in dem Kriege aus den Erträgen des Rohstoffabbaus finanziert werden und zusehends darum geführt werden, den (illegalen) Zugriff auf diese Rohstoffe weiter abzusichern.

### *Enklaven und Korruption*

Warum sind manche Länder so anfällig für ressourcenbezogene Konflikte? Es fällt auf, dass in den meisten Fällen der Staat schwach und die Volkswirtschaft extrem krisenanfällig ist. Hinzu kommt, dass sich reiche Rohstoffvorkommen negativ auf die Ökonomie eines Landes auswirken können, da die Gefahr besteht, dass es im Laufe der Zeit von diesen Ressourcen übermäßig abhängig wird und zu wenig Kapital und Arbeitskraft in andere Sektoren wie Landwirtschaft, Industrie oder Dienstleistungen investiert. Folge: Die Wirtschaft wird nicht ausreichend diversifiziert, die Stimulation innovativer Branchen bleibt aus, und die Entwicklung des Humankapitals wird vernachlässigt. Zudem kann die hohe Instabilität der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt unkontrollierbare und für die wirtschaftliche Entwicklung eines von Rohstoffexporten abhängigen Landes verheerende Boom- oder Krisenzyklen auslösen.

Außerdem neigen Länder, die ihr Haupteinkommen aus dem Erlös von Rohstoffexporten beziehen, dazu, eine für die Korruption anfällige Kultur zu entwickeln. Industrien, die natürliche Ressourcen abbauen, tendieren dazu, sich wie Enklaven zu verhalten – sprich, sie unterhalten kaum Verbindungen zur übrigen heimischen Wirtschaft, und zwar insbesondere dann, wenn die Ressourcen unveredelt exportiert werden. Verstärkt wird dieser Effekt noch dadurch, dass diese Enklaven in vielen Fällen auch räumlich getrennt operieren, da Rohstofflagerstätten und ertragreiche Wälder oft weitab von den Bevölkerungszentren liegen.

Ein weiterer Konflikte schürender Faktor sind Regierungen, die sich weniger dem Wohl des Landes als der Bereicherung der Führungselite verpflichtet sehen. Das Gesellschaftssystem ist in vielen Ländern der Welt von Korruption und Patronage gekennzeichnet. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind extrem, und die menschliche Entwicklung – gemessen an Indikatoren wie der Kindersterblichkeitsrate, der Lebenserwartung bei der Geburt und der Schulausbildung – leidet. Der staatliche Sektor wird seiner Aufgabe, der Öffentlichkeit zu dienen, nicht gerecht. Gleichzeitig existiert ein paralleles Netzwerk, zu dem jedoch nur die herrschende Elite Zugang hat. Die staatlichen Einnahmen werden in massivem Umfang umgelenkt in die Taschen der Herrschenden und ihrer wichtigsten politischen Unterstützer.

Im Interesse ihrer Machterhaltung schrecken die Führer solcher Staaten auch nicht davor zurück, ethnische, religiöse oder sonstige Konflikte zwischen rivalisierenden Gruppen anzuheizen und zu manipulieren. Dies kann allerdings die innergesellschaftlichen Spannungen zu einem Punkt bringen, an dem Protest zunehmend auf die Straße getragen wird, Gewaltausübung zunimmt und letztendlich die Herrschaft der Machthaber herausgefordert wird. Damit erwächst eine Situation, in der skrupellose Politiker oder kriminelle Gruppen eine günstige Gelegenheit erblicken, die Kontrolle über Rohstoffvorkommen an sich zu reißen.

#### *Verbreitung von Waffen und Kämpfern*

In vielen Entwicklungsländern, vor allem aber in Afrika südlich der Sahara befinden sich die staatlichen Sicherheitskräfte im Zerfall, während nichtstaatliche Kräfte wie beispielsweise Bürgermilizen, von Privatfirmen unterhaltene Ordnungskräfte, ausländische Söldner und das organisierte Verbrechen immer mehr die Kontrolle übernehmen.

Für dieses Phänomen ist eine Reihe von Ursachen verantwortlich. Die Regierungen vieler Länder können sich ihre oft überdimensionierten Streitkräfte nicht mehr leisten, nachdem nach Ende des Kalten Krieges die Militärhilfe eingeschränkt wurde und die Geberländer verlangen, dass der Gürtel enger geschnallt wird. Die unter- oder gar unbezahlten Soldaten suchen sich andere Einkommensquellen, was auch Plünderung und Erpressung mit einschließt. Das geht in manchen Fällen so weit, dass Militärkommandeure sich de facto zu regionalen Warlords mit beträchtlichem Einfluss auf illegale Holzfällung und Drogenanbau aufschwingen.

Die 1990er Jahre wurden zur Blütezeit der privaten Söldnerorganisationen. Die von Unternehmen wie Executive Outcomes, Sandline International, Defense Systems Ltd. und Ghurka Security Guards angebotenen ‚Dienstleistungen‘ reichen von der militärischen Beratung und Ausbildung über den Anlagenschutz und die Beschaffung von Waffen bis hin zur Durchführung von Kampfeinsätzen. Mehrere von Rebellen bedrängte Regierungen, darunter Angola, Sierra Leone und Papua-Neuguinea, nahmen die Hilfe von privaten Söldnerorganisationen in Anspruch und bezahlten deren Dienste mit Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf oder mit Lizenzen zur Förderung von Diamanten und anderen Ressourcen.

Multinationale Öl- und Bergbaukonzerne setzen häufig private Sicherheitsdienste zur Bewachung ihrer Betriebe und Anlagen ein. Teilweise geht ihr Engagement aber viel weiter. Staatliche Sicherheitskräfte, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, wurden subventioniert, ihre Ausbildung und Bewaffnung unterstützt, oder es wurden Ausrüstung und Anlagen von Konzernen direkt zur Verfügung gestellt. Unter anderem wurden Occidental Petroleum in Kolumbien, Shell in Nigeria, Talisman Energy im Sudan sowie ExxonMobil und Freeport-McMoRan in Indonesien mit solchen Maßnahmen in Verbindung gebracht.

Bei all diesen Entwicklungen spielt die massive Verbreitung von Kleinwaffen eine zentrale Rolle. Da sie günstig und fast problemlos zu beschaffen sind, sich leicht verstecken und schmuggeln lassen, einfach zu benutzen sind und von der Wartung her keine besonderen Ansprüche stellen, werden viele gegenwärtige Konflikte hauptsächlich mit Kleinwaffen ausgetragen. Weltweit wird der Bestand an diesen Waffen auf über 600 Millionen Stück geschätzt. Jedes Jahr kommen bis zu eine Million Kleinwaffen militärischer Art durch Neuproduktion hinzu.

Der Waffenhandel ist mit dem illegalen Handel mit Mineralien, Diamanten und Holz oft eng verknüpft. In vielen Fällen werden Waffen und Rohstoffe – in jeweils entgegengesetzter Richtung – über dieselben dunklen Kanäle gehandelt und verschoben. Waffen, Munition, militärische Ausrüstungsgegenstände, Uniformen und dergleichen werden meist mit den Erlösen aus dem Verkauf der illegal geförderten Ressourcen bezahlt, hin und wieder aber auch direkt gegen Rohstoffe, Drogen oder seltene Tiere eingetauscht.

### *Die Umwelt zahlt den Preis*

Selbst unter besten Umständen verursachen Bergbau und Holzeinschlag beträchtliche Umweltschäden. In Konfliktzonen ist die Lage aber weit kritischer. Wenn der Ressourcenabbau illegal betrieben wird und wenn Schürfer und Holzfäller möglicherweise die Kontrolle über ein bestimmtes Gebiet verlieren könnten, haben sie herzlich wenig Interesse an der Anwendung nachhaltiger Methoden. Im Kern geht es darum, so viel an Ressourcen wie möglich an sich zu reißen, und das so schnell wie möglich. In solchen Umständen gilt der Schutz von wertvollen Ökosystemen, seltenen Tier- und Pflanzenarten so gut wie nichts, steht er doch der schnellen Bereicherung im Wege.

Der östliche Teil der Demokratischen Republik Kongo bietet hierfür ein besonders dramatisches Beispiel. Durch eine Reihe von kriegerischen Auseinandersetzungen seit Mitte der 1990er Jahre ist die Region weitgehend destabilisiert worden. Immer wieder neue Kampfhandlungen, Flüchtlingsströme, illegaler Ressourcenabbau und weit verbreitetes Wildern hatten verheerende Umweltfolgen, gerade auch in den vermeintlichen Schutzgebieten des Landes. Der Kahuzi-Biega-Nationalpark und das Okapi-Wildtierreservat werden von der UNESCO als Weltnaturerbe geführt, stehen mittlerweile aber auch auf der Liste gefährdeter Gebiete dieser UN-Organisation. Von Wilderern gnadenlos gejagt, ist die Anzahl der Elefanten in Kahuzi-Biega von einst 350 Familien auf nur noch zwei geschrumpft. Die Zahl der östlichen Flachland-Gorillas ist so weit gesunken, dass die Art inzwischen als vom Aussterben bedroht gilt.

Kongos reiche Coltan-Vorkommen sind zum Fluch geworden. Coltan enthält Tantal, ein in der Elektronikindustrie äußerst begehrtes Metall. Ruandische Truppen und mit ihnen verbündete kongolesische Rebellen fielen 1998 in den Ostteil des Landes ein, vertrieben ansässige Bauern und ließen ruandische Sträflinge im Austausch für reduzierte Haftstrafen Coltan fördern. Tausende von illegalen Coltan-Schürfern haben massiv zur Entwaldung beigetragen. Aus der Rinde von Munodo-Bäumen stellen sie Tröge her, in denen sie das Coltan von erzhaltigem Schlamm trennen. Für das Eingeborenenvolk der Mbuti, die Honig von den in den Bäumen nistenden Bienen sammeln, bedeutet dies die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage.

Eine weitere Bedrohung sind die radikalen Kahlschlagmethoden der mit kongolesischen Rebellen in Verbindung stehenden Holzfirmen. Der DARA Forest Company zum Beispiel wurde im Jahr 2000 von einer mit Uganda verbündeten Rebellengruppe eine widerrechtliche Lizenz erteilt. Die Praktiken dieser Firma waren bar „jeder Beachtung auch nur der Mindeststandards der nachhaltigen Forstwirtschaft“, so ein Expertenausschuss der Vereinten Nationen. Dennoch importierten Unternehmen aus verschiedenen europäischen Ländern, China, Japan, Kenia und den Vereinigten Staaten über Uganda von DARA Forest gefälltes Holz.

Auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Bougainville führte die durch eine Kupfermine verursachte massive Umweltzerstörung zu einem zwölf Jahre währenden Konflikt. Minenabraum, Abwässer und andere Giftstoffe haben zur Verschmutzung von nahezu einem Fünf-



tel der gesamten Landfläche der Insel geführt; Flüsse wurden ver-  
seucht, Fischgründe vernichtet, und die Ernte von Feldfrüchten (wie  
Bananen und Kakao) ging stark zurück. Diese Entwicklungen führ-  
ten zu einer ernsthaften Gefährdung der Lebensgrundlage der ein-  
heimischen Bevölkerung, die neben der Subsistenzlandwirtschaft  
hauptsächlich vom Sammeln und Jagen lebt.

In Nigeria hat die Ausbeutung der Erdölvorkommen zur Bereiche-  
rung einer winzigen Minderheit und der dort aktiven ausländischen  
Erdölgesellschaften geführt. Den Menschen in den ölreichen Gebie-  
ten im Niger-Delta dagegen, die traditionell vom Fischfang, der  
Landwirtschaft und der Gewinnung von Palmöl gelebt haben, be-  
scherte der Ölreichtum vor allem verheerende Umweltschäden, mas-  
sive Gesundheitsprobleme und bittere Armut. Das Niger-Delta bildet  
Afrikas größtes Feuchtgebiet, hier finden sich riesige Mangrovenwä-  
lder mit zahlreichen Pflanzen- und Tierarten, die es sonst nirgendwo  
auf der Welt gibt. Umweltschädigende Praktiken wie das Abfackeln  
von Erdgas sind zusammen mit den Lecks in den maroden Ölpipe-  
lines und undichten Giftmüllgruben Hauptursachen der Schadstoff-  
belastung in der Region – und damit der massiven gesundheitlichen  
Probleme der örtlichen Bevölkerung, die über eine alarmierende Zu-  
nahme an Atemwegs- und Magen-Darm-Krankheiten, Hautausschlä-  
gen und Krebserkrankungen klagt. Zudem leiden die Menschen un-  
ter drastischen Rückgängen der Erträge aus Fischfang und Landwirt-  
schaft.

### *Zunehmendes Bewusstsein – verbleibende Probleme*

Das Bewusstsein über den engen Zusammenhang zwischen dem ille-  
galen Rohstoffabbau, Waffenhandel, gewaltsamen Konflikten, Men-  
schenrechtsverletzungen, humanitären Katastrophen und der Um-  
weltzerstörung hat seit Ende der 1990er Jahre deutlich zugenommen.  
Von den Vereinten Nationen eingesetzte Expertenausschüsse haben  
sich mit den Konflikten in Angola, Sierra Leone, Liberia und der  
Demokratischen Republik Kongo beschäftigt. Bürgergruppen haben  
Kampagnen gegen ‚Kriegsdiamanten‘ aus diesen Ländern ins Leben  
gerufen und leisten Aufklärungsarbeit über vergleichbare Konflikte.  
Immer häufiger werden auch die Praktiken einzelner Unternehmen  
und ganzer Branchen unter die Lupe genommen, und kritische Be-  
richte in den Medien tragen mit dazu bei, die Bedenken und Anlie-

gen von Aktivistengruppen und Fachkreisen einem breiteren Publikum bekannt zu machen.

Der UN-Sicherheitsrat verhängte eine Reihe von Embargos auf den Handel mit illegal geförderten Ressourcen, auch auf den aus dem Ertrag solcher Geschäfte finanzierten Handel mit Waffen, Ausrüstungen und Treibstoffen. Aber mit Ausnahme von Tropenholz aus Liberia ist anderen Konfliktrohstoffen eine vergleichbare Aufmerksamkeit nicht zuteil geworden. Zudem muss selbst die Einhaltung bestehender Sanktionen effektiver überwacht werden.

Bemühungen, den Verkauf von aus Konfliktregionen stammenden Ressourcen auf dem Weltmarkt zu erschweren, stecken ebenfalls noch in den Kinderschuhen. Da Schmuggler rein nationale Maßnahmen oft allzu leicht umgehen können, ist es nötig, globale Zertifizierungsprogramme einzurichten. Dies ist bisher nur in der Diamantenindustrie versucht worden. Im so genannten Kimberley Process handelten Vertreter von mehr als 50 Regierungen, der Industrie und einer Reihe von Bürgergruppen ein entsprechendes Programm aus. Im Endeffekt sind die Kontrollbestimmungen aber eher verwässert worden, und zu viel wird auf freiwillige Maßnahmen und Eigenkontrolle der Industrie gesetzt.

Die Europäische Union versucht nun, den Holzhandel größerer Transparenz zu unterwerfen – stammt doch etwa die Hälfte der europäischen Einfuhren angeblich aus illegalen Quellen. Eine vorläufige Fassung für ein freiwilliges Zertifizierungssystem (das so genannte „Forest, Law Enforcement, Governance, and Trade“- (FLEGT-) Abkommen) soll noch 2004 fertiggestellt werden. Ein ähnliches Bild illegalen Handels bietet sich weltweit. Ein globales Zertifizierungssystem könnte wohl auch auf den Prinzipien des Forest Stewardship Council (FSC) aufbauen, das Gütesiegel für nachweislich nachhaltig produziertes Holz vergibt und das versucht, die Produktkette vom Wald bis zum Verbraucher lückenlos zu dokumentieren.

Ohne Zweifel tragen eine ganze Reihe von Unternehmen – Erdöl- und Bergbaugesellschaften, Fluglinien und Frachtunternehmen, weiterverarbeitende Betriebe und Banken – ein hohes Maß an Verantwortung für die Ressourcenkonflikte der letzten Jahre. Das reicht von der aktiven Mittäterschaft in manchen Fällen über die stillschweigende Komplizenschaft bis hin zu einer indirekten, passiv-begünstigenden Rolle, in der es Unternehmen einfach unterlassen, unbequeme Fragen an ihre Zulieferer zu stellen. Aber herzlich wenige Firmen

wurden bisher zur Rechenschaft gezogen. So haben es z.B. der UN-Sicherheitsrat und einzelne nationale Regierungen versäumt, Maßnahmen gegen Unternehmen einzuleiten, die von der UN-Expertenkommission zum Kongo an den Pranger gestellt worden sind.

Größere Transparenz ist unerlässlich. Eine internationale Initiative, die mehr als 170 Bürgergruppen aus Industrie- und Entwicklungsländern umfasst (genannt „Publish What You Pay“ oder „Veröffentlicht, was ihr zahlt“), schlägt vor, dass Unternehmen, die im Primärsektor tätig sind, alle Steuern, Lizenzgebühren und andere Zahlungen öffentlich erklären müssen, wollen sie auf Aktienmärkten zugelassen sein. Größere Transparenz soll helfen, die Abzweigung von Geldern für Waffenkäufe oder für korrupte Zwecke zu erschweren. Die britische Regierung unterstützt eine ähnliche Initiative (die „Extractive Industries Transparency Initiative“), aber die Regierung Bush und die amerikanische Ölindustrie haben die vorgeschlagenen Regeln erfolgreich abgeschwächt. Es ist aber deutlich geworden, dass die meisten Firmen Forderungen nach größerer Transparenz nur dann nachkommen, wenn sie rechtlich dazu gezwungen werden.

Sicherlich ist es äußerst wichtig, die Handlungen von Regierungen und Konzernen einer genaueren Prüfung zu unterwerfen. Aber zugleich stellt sich eine größere, allgemeine Herausforderung: Solange die Konsumgesellschaften des Nordens – die Industrieländer – Rohstoffe und Güter importieren, ohne danach zu fragen, woher diese stammen oder unter welchen Bedingungen sie produziert wurden, so lange ist es jederzeit möglich, dass Ressourcen zur Finanzierung von Konflikten missbraucht werden.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, die Wirtschaft der betroffenen Entwicklungsländer stärker zu diversifizieren und so ihre Abhängigkeit vom Export un- oder halb verarbeiteter Rohstoffe zu verringern. Ohne eine umsichtige Unterstützung seitens der Industrieländer wird sich dieses Unterfangen aber nur schwerlich bewerkstelligen lassen.

### *Literaturhinweise*

*Bannon, Ian/Collier, Paul (Eds.): Natural Resources and Violent Conflict. Options and Actions, Washington 2003.*

*Global Witness/Fafo Institute for Applied Social Science: The Logs of War. The Timber Trade and Armed Conflict, Oslo 2002.*

Hart, Terese/Mwintzihali, Robert: Armed Conflict and Biodiversity in Sub-Saharan Africa: The Case of the Democratic Republic of Congo (DRC), Washington 2001.  
 Human Rights Watch: The Price of Oil: Corporate Responsibility and Human Rights Violations in Nigeria's Oil Producing Communities, New York 1999.  
 Renner, Michael: The Anatomy of Resource Wars, Washington 2002.

